



Dokumente

Thesen

Erklärungen

Stellungnahmen

Analysen

aus:

Plenartagungen des Zentralkomitees

Juli 2025



**Arbeiterbund für den
Wiederaufbau der KPD**

KRIEG DEM KRIEG GEGEN DIE ALLGEMEINE WEHRPFLICHT IN DER DEUTSCHEN MOBILMACHTUNG SOLLTE DA NICHT GELTEN: *MARSCHIEREN WIR NACH BERLIN!*

Keine Woche, die einmal mehr festzustellen hat, in welche Zerstörung und Barbarei die Bourgeoisie die Völker der Welt treibt.

Ob der Angriff auf den Iran, der offen gegen das Völkerrecht verstieß, Menschen unter sich begrub, Teile des Landes zerstörte – aber noch nicht einmal das Ziel der Bourgeoisie erreichte.¹ Ob der darin sich offen gezeigte Ruderkurs des deutschen Imperialismus, garniert mit der Gossensprache eines Kriegskanzlers, der von ‚Drecksarbeit‘ sprach. Ob die weitere Zerstörung in Gaza, die nurmehr die Frage aufwirft, was davon und wie viele Menschen eigentlich noch überbleiben. Und die Frage stellt: Wie soll überhaupt hier jemals wieder ein Wiederaufbau stattfinden können.² Ob die weitere nicht enden werdende Fluchtbewegung der Menschen, die nicht aufhören wird³, der Mord an ihnen aber weitergehen wird – und vom deutschen Imperialismus vorangetrieben wird.⁴ Ob der stetig weiter

¹ Und nebenbei sein Ziel nicht erreichte, denn die Verzögerung des Baus der Atombombe ist marginal: So der Geheimbericht, vgl. NYT, vom 24. Juni 2025: Vor dem Angriff hatten die US-Geheimdienste gesagt, dass es etwa drei Monate dauern würde, wenn der Iran versuchen würde, eine Bombe zu bauen. Nach dem US-Bombenangriff und den tagelangen Angriffen der israelischen Luftwaffe schätzte der Bericht der Defense Intelligence Agency, dass sich das Programm verzögert hatte, aber um weniger als sechs Monate.

² Der örtliche Direktor der Entwicklungsorganisation UNDP, al-Dardari, sagte, solche Ausmaße binnen so kurzer Zeit habe man seit 1945 nicht mehr gesehen. Der Wiederaufbau des Gazastreifens könnte 20 Jahre andauern. Rund 370.000 Wohneinheiten seien bisher beschädigt worden – 79.000 davon vollständig.

³ Aus dem neuesten Bericht der UN zum Weltflüchtlingstag: ‚Im Jahr 2015 galten von 1000 Menschen weltweit neun als vertrieben. Im Jahr 2024 waren es 15 von 1000; Von den insgesamt 73,5 Millionen Binnenvertriebenen weltweit stammen etwa 45 Prozent aus afrikanischen Ländern und rund 22 Prozent aus dem Nahen Osten.‘ Es bleibt doch nur noch zu sagen: Wenn du nicht für den Sozialismus kämpfst, dann musst du von Flucht und dem Mord an den Geflüchteten schweigen.

⁴ Wie jetzt wieder die Erklärung auf der Zugspitze: “Die Migrationsreform fit für die Zukunft machen”

Die Erklärung setzt auf effizientere Verfahren, mehr Grenzsicherung, mehr EU-Finanzierung - und eine Drittstaaten-lösung, die vorsieht, dass Betroffene in neue “sichere Länder” abgeschoben werden, selbst wenn keine persönliche Verbindung der Betroffenen zu dem entsprechenden Land besteht.

“Maßnahmen gegen Schleuserkriminalität und Menschenhandel intensivieren”

Die EU soll koordinierter gegen Schleuserkriminalität und Menschenhandel vorgehen: Mehr Datenaustausch und eine verstärkte internationale Polizeikooperation - auch mit Drittstaaten - sollen Schleusernetzwerke bekämpfen. Im Fokus steht die Prävention und Verfolgung illegaler Finanzflüsse von Schleusern.

tobende Krieg, und insbesondere auch deutsche Krieg gegen die ehemaligen Staaten der Sowjetunion, der zerstörte Länder hinterlässt, die ebenso nicht mehr aufgebaut werden können – durch den Imperialismus.⁵

Und eine andere ‚Lösung‘ kann der Imperialismus, kann die Bourgeoisie nicht bieten – ihre nächsten ‚Pläne‘ sind genau dies: die weitere Zerstörung, der weitere Krieg.

Ob es die weiteren Beschlüsse der EU zur Aufrüstung und Militarisierung sind, die die eigene kapitalistische Ökonomie untergraben, und die Staatshaushalte der Länder in immer höhere Verschuldung treiben – ohne dass ein Wert geschaffen würde. Ob es die weitere Ausblutung etwa der baltischen Staaten ist, die als Frontländer den deutschen Krieg bezahlen sollen, auf Kosten des Volks. Ob es die weiteren Drohungen gegen die Völker sind, ob im Nahen Osten, ob im arabischen Raum. Ob es die weitere Ausplünderung der lateinamerikanischen Länder ist.

Die politische Seite ist der immer offener zutage tretende Weg in den Faschismus. In den USA längst dadurch sichtbar, dass die bürgerliche Demokratie, ihre eigene Ordnung der sogenannten Gewaltenteilung offen demaskiert wird, ihre eigenen Urteile und Gesetze nicht mehr anerkannt werden.

Und in der BRD: Die letzten Schranken, aufgerichtet gegen den deutschen Imperialismus, werden von den schärfsten Reaktionären offen in Frage gestellt⁶, der französische Imperialismus sägt an seinem eigenen Ast, indem er wohl meint, die Hoheit über den sog. ‚Atomschirm‘ behalten zu können, wenn er diesen dem deutschen Imperialismus ‚anbietet‘. Gleichzeitig werden auch hier die bürgerlichen Grundfesten weiter dem Weg in den Faschismus geopfert, wenn, wie soeben wieder, für die offenen Faschisten die Arme ausgebreitet werden, offen einer faschistischen Kampagne der Mund geredet wird, und damit ein weiterer Schritt in die Vereinigung mit den Faschisten der AFD gegangen wird.⁷

“Rückführungen konsequent umsetzen”

Abschiebungen in Krisenländer wie Afghanistan und Syrien sollen ermöglicht werden (was die Bundesregierung bereits umgesetzt hat). Eine zugewandte Visa-, Handels- und Entwicklungspolitik soll Drittstaaten als Anreiz zur Zusammenarbeit dienen.

“Die Außengrenzen der Europäischen Union schützen”

Die EU soll auf mehr Überwachung, Datenerfassung und Sicherung der Außengrenzen setzen. Migrationsbewegungen, insbesondere aus Belarus und Russland, werden als Bedrohung betont.

“Strategische Partnerschaften mit Drittstaaten aufbauen”

Die Zusammenarbeit mit Herkunfts- und Transitländern soll vertieft werden, sodass Abschiebungen auch in bisher nicht zugelassene Drittstaaten erfolgen können. Die Regelung, dass Betroffene nur in Länder abgeschoben werden dürfen, zu welchen sie eine persönliche Verbindung haben, soll gestrichen werden.

⁵ Von offiziell 850 Mrd. über einen Zeitraum von 14 Jahren für den Wiederaufbau der Ukraine wird gesprochen (vgl. Tagesschau vom 10.07.2025)

⁶ “Ich weiß, welche Abwehrreflexe sich jetzt sofort regen, aber ja: Wir sollten eine Debatte über einen eigenständigen europäischen nuklearen Schutzschirm führen.” (Jens Spahn in der Welt am Sonntag)

⁷ Die ganze Farce um die vorgeschlagene Richterin für das Bundesverfassungsgericht ist bei Licht betrachtet eben dies: ein Prolog des Wegs in den Faschismus, eine konzertierte Kampagne gegen

Und so gewaltig diese Schritte der Herrschenden, so brachial ihr Versuch, die eigene Macht zu halten – so sehr zeigt all dies eigentlich nur eines: Ihre Schwäche. Die Schwäche, die Überlebtheit einer Gesellschaftsordnung, die längst, mehr als längst, alle objektiven Bedingungen für die Überwindung ihrer eigenen Ordnung geschaffen hat. Die ihre eigene Ordnung, ihre eigene Ökonomie untergraben muss, um sich überhaupt noch an der Macht zu halten. Deren einzige ‚Lösung‘ nur destruktiv sein kann, die in ungeheurer Zahl die Produktivkraft Mensch verschwendet, die Natur ausraubt⁸, indem sie diese ggf. nicht mehr revidierbar zerstört, die verwahrlosen lässt, sterben lässt, tötet. Die die Entwicklung der Produktivkräfte nicht für die Menschheit nützen kann, sondern diese gegen die Menschheit wendet.

Wenn Marx also einst darlegte:

Eine Gesellschaftsformation geht nie unter, bevor alle Produktivkräfte entwickelt sind, für die sie weit genug ist, und neue höhere Produktionsverhältnisse treten nie an die Stelle, bevor die materiellen Existenzbedingungen derselben im Schoß der alten Gesellschaft selbst ausgebrütet worden sind. Daher stellt sich die Menschheit immer nur Aufgaben, die sie lösen kann, denn genauer betrachtet wird sich stets finden, daß die Aufgabe selbst nur entspringt, wo die materiellen Bedingungen ihrer Lösung schon vorhanden oder wenigstens im Prozeß ihres Werdens begriffen sind.

Dann wissen wir:

Die Produktivkräfte sind mehr als entwickelt, die materiellen Existenzbedingungen sind längst ausgebrütet – das Korsett einer längst überlebten ökonomischen Ordnung der Verwertung des Werts kann diesen Widerspruch nur mehr brachial, mit Gewalt und Zerstörung im Zaum halten. Wie groß kann der Widerspruch nur sein. Wie sehr heißt dies nur: Wer, um die Ordnung aufrechtzuerhalten, seine eigene Ordnung stetig selbst untergraben muss, wie sehr schraubt der an seinem eigenen Sarg.

Es bleibt einzig dies, wie wir es zuletzt erneut geschrieben in unserer Erklärung zum Angriff auf den Iran:

die eigene bürgerliche Ordnung. „All das ist nur ein kleiner Ausschnitt der konzertierten Kampagne, die seit Anfang Juli gegen Brosius-Gersdorf gefahren wird. Nominiert hatte sie die SPD, die Entscheidung war gefallen, auf den letzten Metern stellte sich jedoch die Unions-Fraktion quer. 50 bis 60 Abgeordnete, heißt es, wichen am vergangenen Freitag von der Fraktionslinie ab und erklärten, der Juristin ihre Stimme verweigern zu wollen. Sie alle dürften Unmengen von Mails, Petitionen und Briefen bekommen haben: von christlich-fundamentalistischen Lebensschutzportalen, auch von international aktiven Mobilisierungsplattformen wie CitizenGo. Allein deren Petition gegen Brosius-Gersdorf sammelte innerhalb weniger Tage über 120.000 Unterschriften. Was passierte, hat System. Und es stammt eins zu eins aus dem Playbook der Neuen Rechten.“ taz, 19.7.2025

⁸ Die derzeitigen Verhandlungen zum Tiefseebergbau sind dabei nur der neueste Gipfel dessen. Ausgezeichnet hierfür auch die Dokumentation "Illegales Leder - wie deutsche Autobauer den Regenwald bedrohen", zu beziehen über den Org-Ausschuss

Arbeiter, ob in Europa, ob auf dem amerikanischen Kontinent, ob in Afrika oder Asien, lasst uns an die Anti-Kriegsfront der Arbeiter und ihrer Organisation, an die proletarische Front des Friedens gehen, um der Kriegsbarbarei samt ihren jeweiligen Kapitalisten und ihren volksfeindlichen Regierungen ein Ende zu setzen, indem wir national und international uns zusammenschließen in einer Anti-Kriegsfront des Proletariats – sodass Frieden in die Völker einkehrt und der Frieden Rot ist unter der Fahne der Arbeiterklassen. Ein Proletarischer Frieden, der einer Gesellschaftsordnung und Wirtschaftsordnung der Ausbeutung und Unterdrückung ein ENDE bereitet und die Arbeiter ihre Macht dem Volk bringen, den Sozialismus und ihre Diktatur des Proletariats, die den Frieden der Menschheit zu sichern weiß.

Also: Die einzige Frage für uns Kommunisten bleibt und ist: Wie können wir die Bedingungen befördern, dass der Totengräber auch zum Totengräber wird, dass er aus seiner Lage endlich und schnell heraustritt, statt rückwärtsgewandt zu sein, sich dem Morgen zuwendet, statt Masse zu sein, die vereinzelt und verbürgerlicht, zur organisierten Klasse wird. Wie können wir der Totenruhe, die der Bourgeoisie ihren letzten Atem immer wieder belässt, ein Ende bereiten? Darum muss und kann es nur gehen. Und die grundsätzlichen Antworten haben wir. Verbleibt: Die konkreten Ansätze und Antworten zu finden. Verbleibt: Jedes Aufbegehren, wie in Indien, als 250 Millionen einen Tag lang aufstanden⁹, genau zu untersuchen und zu prüfen, ob sich daraus auch taktische Antworten für hier ergeben. Verbleibt, auch wenn es eben schon mehrfach gesagt ist: Jede kleine Aktion auch durchzuführen, die den Widerspruch befördert, und die Klasse einen Schritt ihrem eigenen Tun näherbringt. Bleibt: Immer wieder zu prüfen, welche kleine Aktion am Band, im Gewerkschaftshaus, in den VK-Sitzungen lässt sich uns die ersten finden, die sich anschließen und ihre eigene Sache in die Hand nehmen. Bleibt, also, die Aufgabe der Revolutionäre:

Wenn die Unterdrückung zunimmt / Werden viele entmutigt / Aber sein Mut wächst. Er organisiert seinen Kampf / Um den Lohngroschen, um das Teewasser / Und um die Macht im Staat. Er fragt das Eigentum: / Woher kommst du? /Er fragt die Ansichten: / Wem nützt ihr? / Wo immer geschwiegen wird / Dort wird er sprechen / Und wo Unterdrückung herrscht und von / Schicksal die Rede ist / Wird er die Namen nennen. / Wo

⁹ Verrammelte Geschäfte, stillgelegte Betriebe, blockierte Bahnlinien und Highways – Indien hat am Mittwoch abermals einen „Generalstreik“ bzw. einen Volksaufstand erlebt. Nach übereinstimmenden Berichten sollen sich landesweit über 250 Millionen Menschen beteiligt haben, um gegen die Politik der von den Hindunationalisten der Bharatiya Janata Party (BJP) von Premier Narendra Modi dominierten Regierung zu protestieren, die auf Arbeiter und Bauern wenig Rücksicht nimmt und die Konzerne begünstigt. Die ohnehin protestierenden Bauern waren beim Bharat Bandh ebenso an Bord wie Beschäftigte der Industrie, Lehrkräfte und Angestellte in Banken und Behörden. Selbst aus dem IT-Sektor gab es Unterstützung. Der Bharat Bandh ist in Indien eine ursprünglich noch aus dem Unabhängigkeitskampf stammende Protestform, mit friedlichen Mitteln das öffentliche Leben stillzulegen.“ (jW)

er sich zu Tisch setzt / Setzt sich die Unzufriedenheit zu Tisch / Das Essen wird schlecht / Und als eng wird erkannt die Kammer. / Wohin sie ihn jagen, dorthin / Geht der Aufruhr, und wo er verjagt ist / Bleibt die Unruhe doch.

Wenn also, wie in Bremen, die Reaktionen in der Gewerkschaft einem Antrag wie dem zum gesetzlichen Arbeitstag durch ausschließlichen Krachmeierei und Gegröle meinen, den Garaus zu machen, dann ist unser nächster Schritt: Ihre Namen nennen, ihre Gesichter zeigen. Wenn der Kopf nach unten zeigt, dann ist es eben der kleine Mensch, der dem Arbeiter von unten klarmacht: Nein, so nicht. Ihr seid es, die dafür sorgen können, dass wir nicht im Schützengraben landen. Wenn die Angst vor der eigenen Existenzlosigkeit sich solch eine Bahn bricht wie derzeit, ja, dann ist es an uns: Richtig: Die Erwerbslosigkeit wird kein Ende haben, im Hier und im Jetzt. Aber sie kann ein Ende haben. Und du hast es in der Hand.

Wehrpflicht und unsere Taktik der Komitees

Nun liegt der Gesetzentwurf vor. Und damit ist nun klar: Der Entwurf geht über die sog. ‚freiwillige‘ Verpflichtung hinaus, macht erneut den Kriegszustand zum Normalzustand.

Auszüge:

Vorgesehen ist, dass zunächst nur diejenigen Wehrpflichtigen einer Verpflichtung zur Abgabe einer Bereitschaftserklärung und der Musterung unterworfen werden, die nach dem 31. Dezember 2007 geboren wurden. Eine Anwendung der Neuregelungen auf frühere Geburtsjahrgänge, die seit Inkrafttreten des Wehrrechtsänderungsgesetzes 2011 nicht mehr erfasst wurden (das ginge bei umfassender Betrachtung bis zum Geburtsjahrgang 1993 zurück) erfolgt außerhalb des Spannungs- und Verteidigungsfalles zunächst noch nicht. Ein derartiger Umfang von Befragungen und Musterungen wäre kurzfristig durch die Melde- und Wehrrersatzbehörden kaum zu bewältigen. Beginnend mit dem Geburtsjahrgang 2008 werden in den nächsten Jahren sukzessive weitere Geburtsjahrgänge einbezogen und einer Verpflichtung zur Abgabe einer Bereitschaftserklärung sowie einer Musterung unterworfen. Damit wird gewährleistet, dass sich das aktuelle Lagebild im Laufe der Zeit auf eine immer größere Anzahl von Wehrpflichtigen erstreckt. Frühere Jahrgänge werden zudem auf Grundlage von § 15 Absatz 1 WPflG flächendeckend erfasst, so dass auf die Daten derjenigen Wehrpflichtigen, die vor 2008 geboren wurden, zurückgegriffen werden kann. Auch sie bilden ein Potential, um den zunächst auf Freiwilligkeit basierenden Aufwuchs zu gewährleisten. Daher wird die Möglichkeit, über die Tätigkeit in den Streitkräften zu informieren, auch auf frühere Jahrgänge erstreckt. ...

Und vor allem:

Ein Element des Entwurfs ist zudem die Möglichkeit, die Verpflichtung zum Grundwehrdienst unter bestimmten strengen Voraussetzungen wieder aufleben lassen zu können. Durch das Wehrrechtsänderungsgesetz 2011 war festgelegt worden, dass die §§ 3 bis 53 des Wehrpflichtgesetzes – und

damit alle unmittelbar aus der Wehrpflicht folgenden Verpflichtungen – ausschließlich im Spannungs- oder Verteidigungsfall Geltung erlangen. Dies wird der aktuellen Bedrohungslage und dem gegebenenfalls bestehenden Erfordernis eines schnellen Personalaufwuchses der Streitkräfte nicht mehr gerecht. Vielmehr bedarf es einer Rechtsgrundlage, nach der Wehrpflichtige auch außerhalb des Spannungs- oder Verteidigungsfalles zur Ableistung des Grundwehrdienstes einberufen werden können, wenn die verteidigungspolitische Lage einen kurzfristigen Aufwuchs erfordert, der auf freiwilliger Grundlage nicht erreichbar ist. Von dieser Regelung wird Gebrauch gemacht werden, wenn ein sofortiges Handeln erforderlich ist, um kurzfristig auf eine Bedrohungslage zu reagieren. Dies kann auch dann der Fall sein, wenn infolge der verteidigungspolitischen Lage kurzfristig der Personalbedarf der Streitkräfte steigt, ohne dass bereits die Voraussetzungen des Spannungs- oder Verteidigungsfalles vorliegen. Der formalen Feststellung des Spannungs- oder Verteidigungsfalles kann auch je nach sicherheitspolitischer Lage eine eskalatorische Wirkung zukommen, die politisch nicht gewollt sein mag. Daher muss die Politik in der Lage sein, auch ohne diese verfassungsrechtlichen Ausnahmekategorien in Anspruch zu nehmen, die Personalbedarfsdeckung der Streitkräfte zu gewährleisten.

Der Gesetzentwurf sieht hierzu vor, dass die Bundesregierung durch Beschluss die Einberufung zum Grundwehrdienst einführen kann, um auf eine kurzfristige Lagezuspitzung reagieren zu können, wenn Maßnahmen zur Steigerung freiwilliger Bewerbungen nicht rechtzeitig wirksam werden. Dagegen sieht der Gesetzentwurf noch keine Grundlage dafür vor, Wehrpflichtige verpflichtend heranzuziehen, ohne dass die besonderen Voraussetzungen eines kurzfristigen Handlungsbedarfs bestehen. Der Beschluss der Bundesregierung setzt die Zustimmung des Deutschen Bundestages voraus. Dies folgt zwei grundlegenden verfassungsrechtlichen und -politischen Erwägungen. Einerseits wird der mit dem Beschluss verbundene Grundrechtseingriff unter Parlamentsvorbehalt gestellt und nicht allein der Exekutive überlassen (Wesentlichkeitstheorie). Andererseits kommt damit auch der verfassungsrechtlich anerkannte Gedanke der Parlamentsarmee Bundeswehr (grundlegend BVerfG, Urteil vom 12. Juli 1994 – 2 BvE 3/92, E 90, 286-394) im Sinne eines Entscheidungsverbundes von Bundesregierung und Deutschem Bundestag zum Ausdruck. Gerade im wehr- und notstandsrechtlichen Bereich ist eine Entscheidungsstruktur, nach der Gesetze nur auf Grund einer gesonderten Beschlussfassung zur Anwendung kommen, zudem anerkannt und gebräuchlich (vgl. Artikel 80a Absatz 1, Artikel 12a Absatz 5 GG; § 1 Absatz 2 Bundesleistungsgesetz, § 1 Energiesicherstellungs- und Vorsorgegesetz, § 61 Absatz 3 Soldatengesetz).

Laut dem Gesetzentwurf wird das Schreiben der Bundeswehr an die Jugend umfassen:

Bereitschaftserklärung

Jede nach § 15 erfasste Person hat auf Aufforderung durch das Bundesamt für das Personalmanagement der Bundeswehr eine Erklärung zur Bereitschaft und Fähigkeit zu einer Wehrdienstleistung abzugeben, die folgende Angaben umfasst:

Angaben zur Person, zum Geschlecht, zum Familienstand und zu weiteren Staatsangehörigkeiten, soweit diesbezüglich durch das Bundesamt für das Personalmanagement der Bundeswehr vorausgefüllte Angaben nicht zutreffen oder nicht vollständig sind,

Interesse an einem Wehrdienst in der Bundeswehr,

Körpergröße und Gewicht,

Vorliegen einer Schwerbehinderung oder einer entsprechenden Gleichstellung,

Bildungsabschlüsse sowie sonstige Befähigungen und Qualifikationen, Selbsteinschätzung der körperlichen Leistungsfähigkeit,

Wehrdienst in fremden Streitkräften.

Zusammen mit der Aufforderung nach Satz 1 kann das Bundesamt für das Personalmanagement der Bundeswehr den Wehrpflichtigen Informationen über Laufbahnen und Verwendungen in der Bundeswehr zur Verfügung stellen.

Die Bereitschaftserklärung ist mittels eines zur Verfügung gestellten Online-Fragebogens abzugeben. Die Erklärung kann bei fehlenden technischen Voraussetzungen schriftlich abgegeben werden...

Kommt der Wehrpflichtige der Aufforderung nach Absatz 1 nicht innerhalb eines Monats nach, erhält er eine erneute Aufforderung mit einer Fristsetzung, innerhalb derer die Bereitschaftserklärung nach Absatz 1 Satz 1 abzugeben ist. Diese erneute Aufforderung ist zuzustellen.

Wehrpflichtige, die weder in einem Wehrdienstverhältnis stehen noch der Dienstleistungs-überwachung nach dem Soldatengesetz unterliegen, haben auf Aufforderung erneut eine Bereitschaftserklärung im Sinne von Absatz 1 abzugeben. Die Absätze 2 bis 4 gelten entsprechend.

Die Nicht-Beantwortung eines Fragebogens soll eine Ordnungswidrigkeit darstellen, die wohl mit bis zu tausend Euro geahndet werden soll.

Klar ist also:

Die sog. ‚Freiwilligkeit‘ ist ein kurzes Vorgeplänkel, das schnell abgelöst werden wird durch die Feststellung, dass die Wehrpflicht nun wieder einzuführen ist. Und da wir davon ausgehen müssen, dass das Gesetz bereits im Herbst im Bundestag abgestimmt werden wird, wissen wir auch: Die Zeit rennt. Und das heißt auch: Die Komitees gegen die Wehrpflicht haben nur noch ein äußerst kurzes Zeitfenster, bis sie schon wieder überlebt sind, weil die Wehrpflicht bereits eingeführt ist, weil es nunmehr eines Beschlusses des Bundestags bedarf diese einzuführen. Das

heißt: Die Taktik der Sammlung derjenigen, die gegen eine Wehrpflicht sind, also die Taktik der Anti-Wehrpflicht-Komitees, um einen günstigeren Boden für den Kampf in der Armee selbst und für den Widerstand in ihr zu haben, wird schneller als gedacht ihr Ende haben. Und das heißt, dass wir nicht zu spät auf diese neue Gegebenheit reagieren dürfen und die Taktik umzustellen haben. Denn ist die Wehrpflicht einmal eingeführt, dann wissen wir auch: Die Vor-Taktik der Sammlung in den Komitees gegen die Wehrpflicht hat keinen Boden mehr und die Einberufung wird erfolgen. Das heißt: Sicher gibt es jetzt noch ein kurzes Zeitfenster, um die Sammlung in den Komitees voranzutreiben, aber dieses ist mehr als kurz. Denn diese Taktik müsste bereits im Herbst, wenn das neue Gesetz verabschiedet werden soll, zu den ersten praktischen Schritten führen, um tatsächlich einen Boden geschaffen zu haben, z.B. in einer zahlenmäßig nicht zu überschendenden Demonstration gegen Berlin und seiner Kriegs-Regierungen oder eben dezentrale Demonstrationen in einzelnen Städten und auch darin muss eine Beteiligung des Proletariats sichtbar werden. Dies ist und wäre eine getane Arbeit, die der Einheit der Arbeiter- und Werktätigen-Jugend und der darin der Lernenden Jugend, die der sozialistischen Organisierung auch in der FDJ den Boden mit bereitet, den Widerstandskampf auch in der Armee zu vergrößern, der vom Staat eingezogenen Wehrpflichtigen in der nicht abzuwendenden Mobilmachung, solange der Krieg des deutschen Imperialismus nicht gegen den Osten sein Ende gefunden hat. Dann aber, wenn das Gesetz einmal in Kraft ist - und mögen wir auch noch ein paar Monate haben, in denen ‚nur‘ die Bögen versendet werden, bevor die Wehrpflicht wieder eingeführt ist - dann ist der Boden doch schon schwerer: Der Brief kommt nach Hause, zu einem vereinzelt Jugendlichen, die Androhung des Bußgelds steht schwarz auf weiß auf dem Papier – wir wissen: Er wird den Bogen absenden. Und sei es auch nur auf Druck von staatstragenden und staatsreuen Familien und Eltern. Und auch die Lehrerschaft, die Schulen selbst, ob mit weiter Anwesenheit von Offizieren in Unterricht oder nicht, wird seine Rolle des Staates gegenüber dem Schüler gerecht, der wie Brecht mit Recht betont, noch keine Klassenhaltung kennt, selbst dann nicht, wenn er aus proletarischen Familien kommen sollte. (Dies zeigt ihr Tun im letzten Jahr und in den jetzigen Monaten in diesem Jahr, gegen jeden Widerstand gegen die Militarisierung der Kinder und Schüler den Polizei-Büttel gegen die Lernenden im Widerstand zu rufen, um jegliches kleines Aufflammen von Widerstand sofort zu unterbinden.) Die Sammlung von Unterschriften reicht da schon nicht mehr, darin seine Haltung zu zeigen und mit Gleichgesinnten zu vereinigen. Es müssen also nun schnell weitere praktische Antworten gefunden werden, (über den Anti-Kriegstag, 1. September, hinaus), in den wenigen noch verbliebenen Monaten einen Boden zu schaffen bis die Wehrpflicht eingeführt ist (ob zuerst in der „Freiwilligkeit“ der „Verlorenen“- die ihren Tod dem Leben vorziehen, als „Berufs“-Mörder, oder im kommenden Zwang in der allgemeinen

Mobilmachung von Berlin), welchem dem subjektiven Bewusstsein in der Taktik nurmehr angesagt ist und darin gerecht wird: Den Widerstand in der Armee selbst zu organisieren. Und der beginnt eben darin, gegen die drohende Mobilmachung Sturm zu laufen und dagegen zu marschieren und sei es gegen die Kriegs-Kanaille in Berlin selbst!!!

*aus der Plenartagung des Zentralkomitees
Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD
Juli 1925*

ZUM KAMPF UM DIE JUGEND GEGEN KRIEG UND FASCHISMUS

Da wird der Jugend vor aller Augen wieder die Uniform übergeworfen, zur Ostfront getrommelt und von tausenden Verwundeten pro Tag gesprochen, aber von Widerstand kann nicht ernsthaft die Rede sein. Gleichgültigkeit gegenüber dem Soldaten-Mörder-Sein macht sich breit¹⁰. Ja, wer die Jugend hat, hat die Armee! „Wie lange galt doch diese Feststellung Liebknechts als Warnung für unsere Kämpfe: Bis dass der Tag kommt, an dem sich entscheidet, welche Seite gewinnt.“¹¹ Die Bourgeoisie oder die Arbeiterklasse – eben weil die Jugend noch keiner Klasse endgültig angehört. Sie kennt keine ausgeprägte Klassenhaltung mangels Stellung in der Produktion oder in der Schicht, die subjektiv zur Bourgeoisie hin tendiert. Je passiver denn die Arbeiterklasse in diesem unerbittlichen Kampf um die Armee der Jugend auftritt, um so schwankender die Jugend selbst. Machen wir uns nichts vor: Es braucht in dieser Zeit nicht viel des Einflusses der nahezu alles beherrschenden bürgerlichen Ideologie, um manche jugendliche Haltung gegen diesen Staat und den Krieg auf allen Kontinenten zum Wanken zu bringen.

„Klasse gegen Klasse“ prägt das Bewusstsein, ist, wenn man so will, der übergeordnete Ausdruck, in dem sich auch der Kampf um die Armee der Jugend abspielt. Und in diesem Kampf erzeugt das Proletariat und natürlich auch die Völker im Ganzen Vorbilder, Siege und Niederlagen, an denen sich der Schwankende messen kann. „Klasse gegen Klasse“ - das hieß für wenigstens zwei Generationen Jugend die Befreiungsbewegungen vieler Völker gegen den Imperialismus, die schiere Existenz eines sozialistischen Lagers, das die Lage der Arbeiter der BRD unleugbar auch noch dann verbesserte, als der Revisionismus begann, die Oberhand zu gewinnen. Die Epoche der Konterrevolution prägte den Klassenkampf, der einstweilen Besiegte verlor schließlich als sowjetische Welt-macht, als der, der die Geschichte schreiben kann, weil er sie bereits schrieb. Die Epoche der Kritik zwischen zwei Revolutionen, der zwischen der proletarischen Revolution des 20. Jahrhunderts und der nächsten, „Klasse gegen Klasse“ in diesem Moment des siechenden, die Welt zerstörenden und sich selbst zersetzenden Imperialismus lässt noch warten auf die Vorbilder und Schlachten, in denen die Bourgeoisie, nicht das Proletariat auf dem Rückzug ist. Es ist eine Zeit, in der die Jugend auch deshalb länger zwischen den Stühlen der zwei Hauptklassen stecken bleibt, weil der Imperialismus lange und länger nichts mit ihr anzufangen weiß. Seine

¹⁰ Siehe „Wer die Jugend hat, hat die Armee“; Resolution der XIII. DK des Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD

¹¹ ebda

Produktivkräfte setzen Kräfte und Zeit frei, schlagen aber um in mehr und mehr ungelernte Tagelöhner, Individualisierung und Dequalifizierung. „Die Jugend“ als außerhalb des Produktionsprozesses stehende Kategorie ist schnell noch mit Mitte 20 in der Lage, die Bertolt Brecht als „größte Chance des Nationalsozialismus“ beschrieb, gäbe es überhaupt keine Erwachsenen für ihn, „keine Produktion, keinen Kampf um den Erwerb in der kapitalistischen Form“.¹² Noch prägt die reaktionäre Klasse diese Zeiten und das schwankende Moment reicht bis tief hinein in die Rudimente aufkeimender und schnell wieder verschwindender „Jugendbewegungen“ in diesem Land, ihre gesellschaftliche Position bestimmt ihr Bewusstsein, erzeugt Sprunghaftigkeit und kleinbürgerlichen Spontaneismus auf Kosten der Theorie der proletarischen Revolution. Es ist eine Erscheinung, die auch an der FDJ nicht vorbeigehen kann, eine Erscheinung, die, wenn nicht insbesondere die Kommunisten dem entgegenwirken, die sozialistische Jugend mit der Arbeiterklasse fremdeln und Ungeduld aufkommen lässt, die Schritte in der Einheitsfrontpolitik zu schnell überspringt. Eine Erscheinung, die in der Taktik bedacht sein muss und die praktische, also konkrete Schulung im Marxismus-Leninismus von umso akuterer Bedeutung macht. Sonst – und wir haben längst diese Herangehensweise – wird die Arbeiterklasse zur Momentaufnahme, ein a-historisches Objekt, das keine Geschichte hat und nicht aus seinen Fehlern lernt. Eine Figur, die nicht zur Inszenierung passt, aber die Hauptrolle spielen soll, weil der Stückeschreiber das so wollte. Eine Qual. Man empfehle einmal Lenins „Was tun“ einem Zeitgenossen ohne jeglichen Bezug zur Arbeiterklasse, ohne jegliche Erfahrung mit den Kämpfen gegen den Reformismus und die Linkssektiererei in den eigenen Reihen. Am Ende bleibt eine Zeitung, die alles gerichtet haben soll und deswegen die Bolschewiki 1917 zum Sieg führte.

Der Weg jedes jungen Sozialisten muss stattdessen zunächst in die Gewerkschaft führen um zu lernen, sich in ihr zu bewegen. Welcher junge Sozialist hat denn die Scheu, in einer solchen Organisation (und eine andere, halbwegs proletarische Massenorganisation gibt es in diesem Land derzeit nicht) aufzutreten? Die Scheu entwickelt er erst, wenn er nicht früh genug in solchen Auseinandersetzungen steht. Die Kommunisten sind es, die hier dreimal überlegen müssen, was sie selbst dazu beitrugen, in den vergangenen Jahren nicht alles daran gesetzt zu haben, jeden FDJler, jeden jungen Mitkämpfer nicht zu aller erst praktisch an das Proletariat herangeführt zu haben.

Natürlich: Eine sozialistische Jugendorganisation muss in diesen Zeiten den Widerspruch austragen, das Proletariat überspringen zu wollen, aber nicht überspringen zu können, wenn man seine ganze sozialistische Programmatik nicht über Bord werfen möchte. Schließlich erinnert der Zustand der Gewerkschaften und ihrer Gewerkschaftsjudengen mehr an die

¹² Bertolt Brecht, Der Faschismus und die Jugend; Gesammelte Werke, Band 20; S. 224

Zeit vor 1904, also vor der Zeit der Gründung von Arbeiterjugendvereinen, die sich später zur Sozialistischen Arbeiterjugend (SAJ) vereinten, als der Arbeiterjugend noch untersagt werden sollte sich als Jugend zu organisieren: Sie ist heute verbürgerlicht und damit real kein Faktor. Aber soll es wirklich an der theoretischen Einsicht mangeln, dass sich in diesem Land sicherlich vieles anders austragen wird, als in den 1920er Jahren, aber noch nicht einmal in Ansätzen die Bedingungen vorliegen, die Rote Gewerkschaften rechtfertigen würden? Warum also ähneln die Punkte der Plattform der Revolutionären Front in mancherlei den Einheitsfront-Kriterien der KPD während der Weimarer Republik und andere nicht? Dass die FDJ aktiver Teil der Revolutionären Front wird. Oder warum pochen gerade die älteren, aber immer noch zu wenige Genossen darauf, immer wieder Arbeiterromane lesen zu müssen? Sicherlich nicht, weil sich nach den Zeiten gesehnt wird, in denen eine achtköpfige Arbeiterfamilie in der Küche schlafen musste (sie kommen längst zurück, man sehe sich nur an, wie das Volk in den Armenvierteln auch in diesem Land wieder hausen muss). Nein, es ist das alte Lied, in dem der Arbeiter die Rechnung selbst zahlt, und deswegen prüfen muss: Was kommt auf meinen Teller und was nicht? Was interessiert den Arbeiter, was kann ihn nicht berühren – das Gespür für die Klasse verlangt das Wissen über die Klasse, deren Alltagsgeschichte einem Sozialisten wenigstens in Ansätzen bekannt sein und durch die Kommunisten, besonders die erfahrenen Betriebskämpfer, praktisch näher gebracht werden muss.

Es kann keine andere Herangehensweise geben, auch den aufkommenden Defätismus anzugehen: Ist nicht das späte Korrigieren der Linie des Kampfes gegen die Wehrpflicht in der FDJ auch ein Ausdruck dessen, von Anfang an überhaupt keine Aussicht gesehen zu haben, einen Kampf gewinnen oder diesen wenigstens erfolgreich (das heißt ernstzunehmenden Widerstand gegen ein Gesetz, das sich nicht verhindern, aber verzögern lässt, mit zu organisieren) führen zu können? Zwischenschritte auszulassen oder zu unterschätzen, in diesem Fall der Kampf um die Einheit gegen die Wiedereinführung der Wehrpflicht, der vorhergehenden Erfassung und den auszufüllenden Bescheiden, die Mühen der Arbeit um den Einzelnen in den Gewerkschaften, vor den Berufsschulen usw. nicht an erste Stelle gesetzt zu haben, denkt nicht bis zum Ende, lässt gerne vom Einen zum Nächsten springen, also die Ungeduld von außerhalb der Arbeiterklasse walten. Das nun, was jetzt geschieht, der Kampf um die praktische Einheit, für die die Komitees gegen die Wehrpflicht wie die Unterschriften ein Vehikel darstellen können, hätte der erste Schritt vor über einem Jahr sein müssen, als auch die Kommunisten und das Jugendsekretariat des ZK im Besonderen noch viel zu sehr meinten, Schlachten um die sozialistische Linie gegen die SDAJ schlagen zu müssen, statt des Pudels Kern zu erkennen, also einer Haltung in der Arbeiterklasse und damit in den Gewerkschaften jede nur erdenkliche Bühne zu

ermöglichen, die da heißt: Unsere Kinder geben wir nicht für den Krieg der Herrschenden, denn Arbeiter schießen nicht auf Arbeiter!

Von Anfang an hätte dies – wie soll es bei einem DGB auch anders sein, der zum 1. September die Aufrüstung Europas begrüßt, weil der US-Imperialismus kein verlässlicher Partner mehr ist (wie wahr, wie wahr) – den vielleicht (wir wissen es ja kaum) erbittertsten Widerstand hervorgerufen. Aber eben auch die Möglichkeit eröffnet, schneller die ersten, einzelnen Gewerkschafter und Kollegen zu finden, die eben dabei bleiben und ihre Antikriegshaltung öffentlich äußern. Es hätte ein Jahr mehr Zeit gebracht, spätestens dann in die Gewerkschaftsjugend einzutreten bzw. in ihr alles daran zu setzen, einer schlichten Antikriegshaltung ein bisschen mehr den Boden zu bereiten und jedem jungen Sozialisten schneller die Erfahrung gegeben, wie er sich zu schlagen hat und wie nicht. Freilich, für eine sozialistische Jugendorganisation ist es mehr als statthaft, die Linie später zu korrigieren und es ist weiterhin die richtige Herangehensweise, in diesen kommenden Wochen auch um den Aufbau von Komitees gegen die Wehrpflicht zu kämpfen. Aber entscheidend ist, Antworten auf die neue Ausgangslage (ein Strafenkatalog, der schon am Fragebogen an die zu erfassenden Jahrgänge anhaftet) zu finden: Welche Aktionsformen sind möglich und wirksam, die womöglich höhere Bußgelder umgehen? Wie konfrontieren wir die betroffenen Jahrgänge auch mit dem Sold fürs teure Vaterland, von 2.000 Euro netto ist die Rede, auf Kosten Litauens, der Ukraine und morgen wieder des ganzen Ostens? Die Kommunisten müssen gerade jetzt in der FDJ offen auftreten, indem sie sagen, was ihrer Meinung nach für Fehler begangen werden. Nur so ist die Einheit geboten. Und das Jugendsekretariat des ZK muss seine Priorität in die Ausbildung jedes einzelnen jungen Mitglieds der FDJ legen, nennen wir es nun Proletarisierung oder schlicht „zurück zu den Wurzeln“, am Ende muss klar sein: Die sozialistische Jugend in der FDJ muss ihrem Charakter nach ein Arbeiterjugendverband sein, die den allzu gerne einziehenden Verlockungen des Spontaneismus und des Überspringens rechtzeitig den Riegel vorschiebt.

*aus der Plenartagung des Zentralkomitees
Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD
Juli 2025*

DER KAMPF UM DEN NORMALARBEITSTAG ALS TEIL DES KAMPFES GEGEN DIE KRIEGSMOBILMACHUNG

Es war die Bourgeoisie selbst, die festgestellt hat, dass ihr die Arbeitszeitverkürzung eine höhere Mehrwertrate bescheren kann, wie sich auch die kurzzeitig verengte Ausbeutung des Arbeiters in seiner Anzahl in einzelnen europäischen Ländern sie dazu motivierte. Das war vor ein paar Jahren so, als sich der Wunsch des Arbeiters nach mehr freier Zeit mit dem Streben der Kapitalisten nach mehr Mehrwert in der 4-Tagewoche, bei 8 Stunden täglich, traf

Heute steht die Sache anders. Trotz sinkender Produktion, trotz hunderttausendfacher Freisetzung der Arbeitskraft, fordern das Monopolkapital und seine Kriegsregierung die Ausdehnung des gesetzlichen 8-Stundentags, statt einer Verkürzung der Arbeitszeit.

Was ist die Ursache? Es sind eben die Massenentlassungen, die dem Kapital den Einsatz des variablen Kapitals verringert auf der einen Seite, die durch die Automation auf der anderen das konstante Kapital ständig erhöht und damit den Maximal-Profit senkt, beziehungsweise die Tendenz des Fallens hat. Die Automatisierung also senkt den Maximalprofit, deswegen verlangt die private Aneignung die Aufhebung des 8-Stundentags und schreit nach seiner Ausdehnung.

Der Wunsch des Arbeiters nach mehr Freizeit wird heute vom Kapitalisten erfüllt: Freisetzung auf Lebenszeit, aber nicht im Liegestuhl, sondern im Pauperismus, im erzwungenen „Müßiggang“ der immer mehr Arbeiter aus der kapitalistischen Gesellschaftsordnung wirft. Um im Abfall der Gesellschaft in Mülltonnen nach noch Verwertbarem zu stochern, bis hin um nach Essensresten zu suchen oder auf der Flucht oder im Schützengraben sein Leben eines Erwerbslosen zu beenden. Das ist das „Freizeitprogramm“ des Imperialismus für Millionen und Milliarden, die er zum Nichtstun und ins Elend verdammt, in der Kleinheit der Ausbeutung an der Zahl der Arbeiter und Werktätigen ihre Schaffenskraft LÄNGST DIE Schranken des Lohnsystems eben sprengt.

Was ist freie Zeit? Freie Zeit ist eine gesellschaftliche Größe, die bestimmt wird durch die Entwicklung der Produktivkräfte. Hier geht es nicht um die persönliche Erholung im Liegestuhl. Und ging es noch nie dem Arbeiter und Werktätigen er ist eben keine Diva oder Luxusgeschöpf der Millionäre, die auf Kosten anderer leben. Sondern: Die Entwicklung der Produktivkräfte steht in schreiendem Widerspruch zu den Produktionsverhältnissen, in denen der Arbeiter nicht nur aus dem Betrieb, sondern auch aus seiner Klasse und aus der Gesellschaft gestoßen wird.

Mit Beginn der Industrialisierung war es die Bourgeoisie, ihre Entwicklung der Produktivkräfte in der bürgerlichen Gesellschaft, die den Proletarier zur Klasse geformt hat. Heute, im absolut verrotteten, zerstörerischen Imperialismus, ist sie es, die die Arbeiterklasse, die sie hervorgebracht hat, zu vernichten droht. Der Kampf der Klasse wird für Millionen zum Pauperismus aus der Arbeiter-klasse, wie des darin mit herabstürzenden UNTEREN Bürgertum, des absolut unorganisierten Individuums, das selbst die weitere Ausbeutung als Lohnsklave, zum Kampf ums nackte Überleben das Monopolkapital versucht zu verwehren. Welch eine Erschwernis für die Revolution! Der Widerspruch lähmt auch den klassenbewussten Arbeiter, wenn wir ihm nicht das Werkzeug seiner Wissenschaft, den Marxismus/Leninismus, wie darin den Historischen Dialektischen MATERIALISMUS an die Hand geben, die ihm den Weg aufzeigt zur Lösung dieses schreienden Widerspruchs zwischen Produktivkraft und Produktionsverhältnis.

Genossen, wir werden diesen Kampf nicht gewinnen können, wenn wir nicht auch in dieser Frage das wissenschaftliche Werkzeug, das uns Marx mit der Kritik der politischen Ökonomie, die ihre Erweiterung durch Lenin erfuhr im letzten und höchsten Stadium des Kapitalismus, dem Imperialismus, dem Arbeiter an die Hand geben werden, das er nutzen kann, das kapitalistische allgemeine Elend der Arbeiter zu seiner Befreiung aus der Lohnsklaverei anzuwenden und er auch seine Wissenschaft dazu benötigt. Selbst im Teewasser-Kampf um den gesetzlichen 7- Stundentag, die 5-Tage-Woche, dass er sich ihn im STREIK seiner Klasse erkämpft. Wie soll sich der Klassenbewusste zurechtfinden in dieser Welt der Barbarei und des Krieges, wenn wir ihm nicht die Grundlagen seiner Wissenschaft weitergeben, die ihm den Blick auf eine neue Welt öffnen? Konkret heißt das: Bildungsabende, Referate in den VKs, in den gewerkschaftlichen Gremien, bei der Jugend durchzuführen, wie es an einigen Orten bereits geschieht. Und schriftlich, so wie die KAZ in jeder Nummer auf der Rückseite es in den 70er Jahren tat, die Grundlage des Wissens im Proletariat zu erhöhen. Eine besondere Verantwortung liegt hier auch bei der Revolutionären Front, mit dem klassenbewussten Arbeiter die Schrift „Lohn, Preis und Profit“ etc. oder das Höchste und letzte Stadium des Imperialismus, darin die Schriften von Lenin, wie auch „Was TUN“ zu studieren, als unverzichtbares Werkzeug für den täglichen Kampf im Betrieb.

*aus der Plenartagung des Zentralkomitees
Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD
Juli 2025*

**DER WIDERSPRUCH ZWISCHEN
PRODUKTIVKRAFT UND
PRODUKTIONSVERHÄLTNIS
SCHREIT NACH REVOLUTION.
ODER: WIE STEHT DIE KLASSE DER
BOURGEOISIE UND DIE KLASSE DER ARBEITER
ZUM 7 STUNDENTAG PER GESETZ**

In den vergangenen Jahren gab es vor der Großen Weltwirtschaftskrise oder Rezession, vor allem im Ausland - wie England, Schweiz etc. - Überlegungen von Seiten der Bourgeoisie selbst, die Arbeitszeit zu verkürzen. In Versuchen und wissenschaftlichen Studien wurde sogar in dieser Frage ein gemeinsames Interesse der Arbeiterklasse und der Bourgeoisie festgestellt. Gemeint ist die 4-Tage-Woche mit dem 8-Stundentag. Die Arbeiter und Werktätigen genossen den 3. freien Tag in der Woche, sie haben es begrüßt, mehr am sozialen Leben teilnehmen und sich körperlich und psychisch regenerieren zu können. Den Kapitalisten hat es eine höhere Produktivität beschert und einen niedrigeren Fehlstand. Sprich: Die Aussicht auf mehr Mehrwert. Diese Diskussion hat der Arbeiterklasse immense Möglichkeiten geboten, von sehr kurzer Dauer jedoch. Also ein wenig wie am Beginn der Diskussion um die Zehnstundenbill, in der die Kapitalisten für die Beschränkung ihrer Ausbeuterzeit eintraten, um die Arbeitskraft vor allem der Kinder des Proletariats nicht vor der Zeit zu ruinieren. Und die Arbeiter und ihre Familien sind um die Verkürzung der Ausbeuterzeit massiv eingetreten im STREIK und ihre Klasse formierte sich als Klasse und wurde schlagkräftig, wie sich die Konkurrenz der Arbeiter im Lohnsystem zu Gunsten des Proletariats abschwächte.

Warum also machen die Kapitalisten heute das Gegenteil und versuchen den Arbeitstag sogar zu verlängern – und das trotz sinkender Produktion und trotz der Massen-Freisetzungen? Es sind die Entlassungen, die das variable Kapital dem Kapitalisten verringern, wie auch sich das c dem Kapitalisten erhöhte durch die technischen Erneuerungen und ihrer Wert-Übertragung auf das Produkt selbst. Die Bourgeoisie hat jetzt – trotz der Entlassungen von Zehntausenden jeden Monat - ein Interesse, bzw. ist gezwungen im Kampf um den Maximal-Profit, an der Verlängerung des Arbeitstags. In einer Wirtschaftskrise, die kein Ende nimmt. Es geht um die absolute Verfügbarkeit des Lohnarbeiters für die Kriegswirtschaft. Es geht auch darum, an Stelle des Einzelkapitalisten die Arbeiter in staatliche Zwangsarbeit zu bringen und darin, unter dem Mindestlohn die staatlich

organisierte und vom Steuerzahler, aus dem Volk bezahlte Infrastruktur dem Kapitalismus noch zu erhalten und zu gewährleisten. Um durch Krieg und Raub des Reichtums anderer Länder an der Macht als Ausbeuter und Unterdrücker zu bleiben. Der Krieg kann keinen geregelten Arbeitstag brauchen. Krieg und Faschismus bedeuten Willkür auf allen Gebieten. Deswegen läuft zeitgleich die Kampagne der Bourgeoisie gegen die „Faulheit“ des Arbeiters, des Bürgergeld-Empfängers, des Rentners und aller unnötiger Esser, die der Imperialismus in den Pauperismus verdammt. Das Ganze soll das Volk davon ablenken, dass hier gerade Hunderttausende entlassen und zum Nichtstun verurteilt werden. Der Widerspruch zwischen Produktivkraft und Produktionsverhältnis schreit nicht nur zum Himmel, er schreit nach Revolution!

Die Gegenfront gegen den Erhalt und die Verkürzung des Arbeitstags sitzt nicht nur in den Vorständen der Monopole und in deren Regierung. Nein, sie ist durchaus in unserer Klasse verankert. Sie ist der Hauptfeind in unserer Klasse, wie nicht nur die Delegiertenversammlung der Bremer IG Metall bewiesen hat, sondern auch z.B. die neueste Vereinbarung von ThyssenKrupp mit der IG Metall über Tausende von Entlassungen und über einen achtprozentigen Lohnraub.

*aus der Plenartagung des Zentralkomitees
Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD
Juli 2025*